

TERROR

Motassadeq will bleiben

Anders als sein Landsmann Abdelghani Mzoudi will der als mutmaßlicher Terrorhelfer angeklagte Marokkaner Mounir al-Motassadeq, 31, Deutschland nicht freiwillig verlassen. Der Bun-



FABIAN BIMMER / DDP

Motassadeq

desgerichtshof hat Mzoudi vergangene Woche endgültig vom Terrorvorwurf freigesprochen; nun plant der 32-Jährige, binnen 14 Tagen auszureisen. Motassadeq hingegen will noch sein Studium an der Technischen Universität Hamburg-Harburg beenden. Gegen einen im vergangenen Jahr erlassenen Ausweisungsbescheid der Hansestadt werde er sich daher „bis zur letzten Instanz“ wehren, so sein Verteidiger Udo Jacob. Motassadeq steht vor Gericht, weil er angeblich die Terroristen des 11. September 2001 unterstützt hat. Endet auch dieses Verfahren mit einem Freispruch, soll er nach dem Wunsch der Hamburger Innenbehörde sofort die Heimreise antreten müssen. Begründung: Es sei in jedem Fall bewiesen, dass Motassadeq ein Qaida-Ausbildungslager besucht habe und dem Terrorumfeld zuzuordnen sei.

NORDRHEIN-WESTFALEN

„Kreative Buchführung“

Eine Woche vor der Vereidigung von Jürgen Rüttgers (CDU) zum Ministerpräsidenten stoßen seine Finanzexperten auf neue Haushaltslöcher. Die ursprünglich geplante Neuverschuldung von 5,2 Milliarden Euro wird wohl deutlich höher ausfallen. Eine „besonders kreative Buchführung“ sieht ein Rüttgers-Gefolgsmann beim landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB): Immobilien seien doppelt in den Bilan-

zen geführt, Einnahmen zu hoch und Ausgaben zu niedrig angesetzt worden. Die künftige Landesregierung schätzt die fällige Wertberichtigung auf rund 750 Millionen Euro. Zu den doppelt gerechneten Landesimmobilien zählt offenbar die Fortbildungsakademie des Innenministeriums. In dem imposanten Glasbau in Herne wurden bislang die Beamten des Landes geschult. Die Immobilie soll in der BLB-Bilanz einmal unter „F“ wie Fortbildung stehen und ein zweites Mal unter „M“ wie Mont-Cenis, eine ehemalige Kohlezeche, auf deren Gelände die Akademie gebaut wurde.

BILDUNG

Schily ohne Einstein

Wider Willen wird sich das von Otto Schily (SPD) geführte Bundesinnenministerium (BMI) als einziges Berliner Ressort nicht an der Einstein-Kampagne der Regierung beteiligen. Anlässlich des Einstein-Jahres werden alle Ministerien mit einem überdimensionalen Zitat des Nobelpreisträgers geschmückt – nur der erklärte Bildungsbürger Schily sah sich genötigt, aufgrund von Bedenken der Immobilienmanager seines Hauses darauf zu verzichten. Alle Risiken seien „ausschließlich durch das BMI“ zu tragen, teilten die Verwalter der Immobilie mit, die dem Pizza-König Ernst Freiburger gehört. Vor allem bei einer

möglichen Beeinträchtigung der Granitfassade sowie eventueller Farbveränderungen des Gesteins durch unterschiedlichen Lichteinfall hafte das BMI. Zudem wollte die Immobiliengesellschaft „den Wortlaut des anzubringenden Schriftzuges“ vorab prüfen. Nach diversen Versuchen einer gütlichen Einigung verzichtet das Schily-Ressort nun auf ein Zitat. Auf Anfrage teilte die Immobiliengesellschaft mit, sie begrüße die Idee „voll und ganz“. Dass der Ausführende für eventu-

elle Schäden hafte, sei aber „marktüblich“. Die Kampagne hatte Kanzler Gerhard Schröder (SPD) am 1. Februar gestartet. Seitdem prangt am Kanzleramt der Einstein-Satz: „Der Staat ist für die Menschen und nicht die Menschen für den Staat.“

Bundesinnenministerium



STEINERT / ULLSTEIN BILDERDIENST